

Pragmatismus als Strategie

In der Ära Obama hat Innenpolitik Vorrang vor Aussenpolitik

Unter Obama sind die USA eine zurückhaltende Macht. Die innenpolitischen Widerstände gegen eine Neupositionierung der USA als globale Ordnungsmacht sind gross. Die Krim-Krise könnte diese Entwicklung wieder auf den Kopf stellen.

Martin Zapfe

Krisen kommen zumeist ungelegen - die russische Annexion der Krim erwischt die Vereinigten Staaten jedoch zu einem ungewöhnlich schlechten Zeitpunkt. Für die USA endet mit dem Einsatz in Afghanistan 2014 der längste Krieg ihrer Geschichte. Ihr Appetit auf neue Konflikte ist gering. Das Verteidigungsbudget soll sinken, der strategische Schwerpunkt nach Asien verschoben werden. Politische Spannungen in Europa treffen auf eine USA, in der weder der Präsident noch die Bevölkerung bisher willens schienen, weiter die Schutzmacht Europas zu sein.

Weg von Militärengagements

Barack Obama ist aussenpolitisch der vorsichtigste Präsident seit dem Ende des Kalten Krieges. Präsident George H. W. Bush führte die USA in den ersten Golfkrieg. Unter seinem Nachfolger Bill Clinton verliessen die USA Somalia, intervenierten jedoch zweimal entscheidend auf dem Balkan. Der «Krieg gegen den Terror» von George W. Bush führte nach Afghanistan, in den Irak und in zahlreiche andere Staaten weltweit. Obama will weg von militärischen Engagements und will die Aussenpolitik der USA neu ausrichten.

Obama ist, insbesondere im Kontrast zu seinen Vorgängern, ein innenpolitischer Präsident. Er wurde gewählt, um die wirtschaftlich angeschlagenen USA zu erneuern, nicht um neue Kriege zu beginnen. Zudem zeigt der Präsident die Abneigung des Intellektuellen gegen die Realität verengende «Globalstrategien», die noch sein oft gescholtener Vorgänger mit seinem «Globalen Krieg gegen den Terror» verfolgte. Die einzige fundamentale strategische Entscheidung, die Obama bisher traf, soll die USA weg vom befriedeten Europa und hin nach Asien führen: Obama will der «pazifische Präsident» sein.

Aber auch nachdem Barack Obama im Januar 2017 das Weisse Haus verlassen haben wird, wird sein Nachfolger vor der Herausforderung stehen, Amerika als globale Führungsmacht zu positionieren. Der Grund sind vor allem drei langfristige Entwicklungen: die globale Finanzkrise, eine tiefsitzende Kriegsmüdigkeit und der Boom unkonventioneller Energiereserven.

Einschneidende Sparpolitik

Auch sechs Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers sind die Nachwirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht verklungen. Es hilft, sich die dramatischen Implikationen der Krise zu vergegenwärtigen: Im Januar 2009, als Obama in das Weisse Haus einzog, verloren die USA jeden Monat 800 000 Arbeitsplätze, die amerikanische Wirtschaft war um 8 Prozent eingebrochen, und Vermögen in der Summe von 19 Billionen Dollar waren vernichtet worden. In den ersten Monaten seiner Amtszeit beanspruchten die Massnahmen gegen diese Krise die gesamte Aufmerksamkeit des Weissen Hauses.

Bedeutender noch sind die erheblichen Sparmassnahmen, die in der Folge die öffentliche Hand in der Aussen- und Sicherheitspolitik lähmten. Das Verteidigungsbudget, wichtigste Säule der internationalen Suprematie, soll massiv sinken. Die Sparmassnahmen sollen nicht nur den Gesamthaushalt entlasten, sondern auch, nach dem Ende der Kriege in Afghanistan und im Irak, eine Friedensdividende bringen. Hinzu kommt, dass die unversöhnlichen Lager in Washington noch keine dauerhafte Lösung im Haushaltstreit gefunden haben. Unter dem Strich muss das amerikanische Militär zwischen 2013 und 2023 zwischen 900 Milliarden und einer Billion Dollar sparen. Das geht nicht ohne Einbussen in Quantität und Qualität. Zwar werden die USA auf absehbare Zeit jeder anderen militärischen Macht überlegen bleiben; aber sie werden nicht umhinkommen, knapper werdende Ressourcen zu priorisieren.

Verbreitete Kriegsmüdigkeit

Die notwendige Schwerpunktsetzung dürfte nun im Zuge der Krim-Krise noch schwieriger werden. Der gerade erst veröffentlichte Vierjahresplan des Verteidigungsministeriums hatte Konflikte mit Staaten vor allem in Asien und in Nahost erwartet. In der Zwischenzeit sei aufgrund der massiven Reduktion des Verteidigungshaushaltes das Risiko einer partiellen Schwäche einzugehen. Und in diese Phase fällt Wladimir Putins Handstreich, der neue, alte und eigentlich unerwartete Konfliktlinien zwischen Washington und Moskau akzentuieren könnte.

Die USA werden also weniger Kriege führen können - und sie wollen auch weniger führen. Die finanziellen Härten, denen viele Amerikaner ausgesetzt sind, haben zu Kriegs- und Interventionsmüdigkeit geführt. Angesichts von zwei jahrelangen Kriegen, die auf amerikanischer Seite rund 6000 Todesopfer und ein Vielfaches an Verletzten gefordert haben, und angesichts von Gesamtkosten von 4 bis 6 Billionen Dollar und einem ungewissen Ausgang ist der Appetit auf militärische Abenteuer zunächst gestillt.

Diese auf internationale Zurückhaltung getrimmte amerikanische Grundstimmung wird durch neuere energiepolitische Entwicklungen gefördert. Isolationistische Stimmen haben in den USA eine lange Tradition, fanden in den letzten Jahrzehnten aber wenig Gehör. Zu deutlich war die Abhängigkeit von zuverlässiger und bezahlbarer Erdölversorgung. Amerikas Aussenpolitik wurde entgegen vielen Verdächtigungen nie allein durch die Abhängigkeit von Öl bestimmt; und doch hatte die Verbindung mit vielen undemokratischen Regimen im Nahen Osten immer etwas mit gesicherter Ölversorgung zu tun.

Daher sind die geostrategischen Folgen der Erschliessung neuer Energiereserven erheblich. Technische Fortschritte, vor allem das sogenannte Fracking, erlauben es den USA seit einigen Jahren, vormals nicht erreichbares Erdöl und Gas im eigenen Land zu fördern. Dieser vor wenigen Jahren noch unvorstellbare Boom wird die USA bereits 2015 zum weltweit grössten Ölproduzenten machen. Die USA wären dann in der historisch einmaligen Situation, die enormen Einkünfte aus den Rohstoffreserven zusätzlich zu ihrer weiterhin weltweit führenden Wirtschaft nutzen zu können. Noch zögern die USA, die ungewohnte Rolle als potenzieller Rohstofflieferant strategisch zu nutzen und beispielsweise Verbündete gezielt zu beliefern. Das könnte sich im Falle eines wirtschaftlich ausgetragenen Konfliktes mit Russland jedoch ändern.

Strategische Unsicherheit

Diese drei Entwicklungen werden den Rahmen jedes künftigen Präsidenten bilden. Politik ist jedoch keine Naturwissenschaft - entscheiden werden weiterhin gewählte Präsidenten. Ihr Wille, ihre Führung kann viel bewegen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer fällt wieder der Schatten einer militärischen Bedrohung auf Europa. Es ist durchaus möglich, dass Obama die USA angesichts der Krim-Krise wieder stärker nach Europa und in die Nato steuert.

Martin Zapfe leitet das Global Security Team am Center for Security Studies der ETH Zürich.